

Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte

## **Lehrkräfte gründen bundesweite Initiative für bessere Arbeitsbedingungen**

Am vergangenen Samstag fand in Hannover das erste bundesweite Vernetzungstreffen von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Deutsch als Fremdsprache (DaF) statt. Kurz vor dem Beschluss des Bundeskabinetts über das geplante Integrationsgesetz kamen Delegierte aus insgesamt 20 deutschen Städten, von Bonn bis Berlin und von Hamburg bis München, sowie eine Vertreterin aus Österreich zusammen, um gemeinsam über Wege aus den prekären Arbeits- und Einkommensbedingungen von DaF/DaZ-Lehrkräften zu diskutieren. Schon seit längerer Zeit fordern sie eine Erhöhung ihres Honorars, das im Ergebnis dem Gehalt von Berufsschullehrern gleichkommt mit Absicherung im Urlaubs- und Krankheitsfall und ggf. Urlaubsentgelt oder Festanstellungen mit tariflich gebundener Eingruppierung und Arbeitsstrukturen, die denen von angestellten Lehrkräften an Berufsschulen entsprechen.

Neben einem regen Erfahrungsaustausch stand die Gründung einer bundesweiten Initiative im Vordergrund, um in einem starken Bündnis noch erfolgreicher für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen und sich untereinander besser zu vernetzen.

Deshalb wurde das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte gegründet, in das kommissarische Sprecherteam wurden Cornelia Trabant (Hannover) und Stephan Pabel (Bonn) gewählt. Außerdem verabschiedeten die Delegierten eine Erklärung, in der sie ihre gemeinsamen Forderungen und Ziele formulieren. Darin heißt es u.a., dass die vom Bundesinnenministerium geplante Erhöhung der Honorare auf 35 €/Stunde zwar begrüßenswert sei, aber lediglich ein erster Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus fordert das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte das Finanzministerium auf, die benötigten Mittel zeitnah zur Verfügung zu stellen.

„Wir sind der Ansicht, dass in erster Linie die Politik für unsere prekäre Lage verantwortlich ist, da die meisten Dozentinnen und Dozenten im Auftrag des Staates arbeiten. Aus diesem Grund fordern wir die Politik auf, ihre Verantwortung anzuerkennen, mit uns zu sprechen und die Probleme endlich zu lösen“, so Cornelia Trabant. Das nächste Treffen des Bündnisses soll im September stattfinden.